

L1NEU Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 05.03.2023

Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag "Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern"

Antragstext

1 Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-
2 Vorpommern

3 Über 90% unserer Landesfläche sind ländliche Räume. Fast zwei Drittel von uns
4 hier im Nordosten Deutschlands leben in ländlichen Räumen, nur ein Drittel wohnt
5 in Städten. Der demografische Wandel hat unsere Landschaft in den vergangenen
6 Jahrzehnten dramatisch verändert: Wir wurden viel weniger, deutlich älter und
7 auch etwas bunter. Mit den absehbaren Folgen der allgegenwärtigen Klimakrise
8 stehen weitere, einschneidende Veränderungen bevor. Diesen Wandel wollen wir
9 gemeinsam gestalten.

10 Bisherige Landesregierungen fühlten sich ohnmächtig vor Strukturen, in denen sie
11 nur Schwächen sahen und reagierten resigniert mit Schrumpfungstrategien: Aber
12 LPG-Umwandlungen, Kreisgebietsreform, Schulschließungen, Streckenstilllegungen,
13 Klinikfusionen, Gerichtsstrukturereform, Energieversagen und
14 Digitalisierungsbremse haben die Landflucht stattdessen beschleunigt. Diese
15 Politik der Konkursverwaltung ist offensichtlich gescheitert.

16 Wenn es, trotz allem, inzwischen wieder leichten Zuzug gibt, so weil immer mehr
17 Menschen – vor allem gut qualifizierte Fachkräfte mit ihren jungen Familien –
18 auch die Vorteile unserer ländlichen Räume für ihre Lebensmodelle entdecken. Um
19 diesen Trend zurück aufs Land zu verstärken und zu stabilisieren, fehlen in den
20 Landes- und Kommunalverwaltungen jedoch Förderkonzepte. Wer den Wandel in MV und
21 in unseren Kommunen nicht nur verwalten, sondern ihn auch gestalten will, muss
22 die Stärken und das Entwicklungspotenzial in den sogenannten ‚strukturellen
23 Schwächen‘ erkennen und neue Wege gehen.

24 Seit unserer Gründung vor genau 30 Jahren stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV immer
25 wieder einzelne Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung der Fläche zur
26 Diskussion, ob als Parteibeschluss, in Wahlprogrammen oder mit Fraktionsanträgen
27 im Landtag und in den Kommunalparlamenten. Bislang und in absoluten Zahlen mag
28 unsere größte Unterstützung bislang vielleicht in den wenigen, größeren Zentren
29 des Landes zu verzeichnen sein. Unsere wachsende Bedeutung verdanken wir aber
30 nicht zuletzt unserem beharrlichen Einsatz für einen befruchtenden Austausch
31 zwischen Stadt und Land.

32 Denn die Ursprünge unserer Partei liegen sowohl bei den Bäuer*innen und
33 Raumpionier*innen wie auch bei den Umweltbibliotheken und
34 Konsumgenossenschaften. Von Anfang an ging es uns allen beim Brot nicht nur ums
35 Getreide, sondern auch um den Boden, die Insekten, das Saatgut, den Transport,
36 die Wirtschaftlichkeit und gerechte Entlohnung sowie auch die globalen Folgen.
37 Wer sich grün engagiert, denkt und handelt ganzheitlich und fordert, hierzulande
38 erst recht, grüne Ideen fürs Land.

39 Hiermit legen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV nun erstmals ein Programm für unsere
40 ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern vor. Dabei leiten uns diese
41 Einsichten:

42 01. Ländliche Räume bieten das größte Gestaltungspotenzial für ein
43 zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wollen wir die ländliche Qualität
44 ebenso wie die Vielfalt der ländlichen Räume behutsam und gemeinsam erhalten und
45 entwickeln. Zentral ist hierfür die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen durch
46 Gewässerschutz, Schutz von Arten und Biotopen sowie in einer ökologischen und
47 bäuerlichen Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung.

48 02. Alle, die hier leben, müssen die Möglichkeit bekommen, den
49 Transformationsprozess mitzugestalten. Um Mitsprache und Mitbestimmung zu
50 ermöglichen, wollen wir verschiedene Beteiligungsprozesse wie Umfragen,
51 Bürger*innenforen, Zukunftswerkstätten und Dorfreferenden nutzen. Besonders aber
52 wollen wir mehr Mittel nach dem Community-led Local Development Prinzip
53 einsetzen, LEADER so stärken und mehr konkrete Mitbestimmung vor Ort
54 ermöglichen. Auf dem Land wollen wir Demokratische Praxis und Teilhabe vorleben
55 – unmittelbar und zuverlässig.

56 03. Der Austausch der ländlichen Räume mit ihren benachbarten, urbanen Zentren
57 und Ballungsräumen muss gerecht gestaltet werden: Im ureigensten Interesse
58 müssen die Metropolregionen Hamburg, Berlin und Szczecin sowie die Regiopole
59 Rostock, aber auch die Ober-, Mittel- & Grundzentren des Landes auf Augenhöhe
60 mit den ländlichen Räumen kooperieren, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu
61 garantieren.

62 04. Kommunen brauchen Handlungsspielräume durch eine gerechte angemessene
63 Finanzierung. Darüber hinaus müssen Haushaltskonsolidierungen und freiwillige
64 Leistungen für Gemeinden ermöglicht werden. Kommunen müssen die Möglichkeiten
65 der Rekommunalisierung von Infrastruktur und Land ausschöpfen und zusätzliche
66 juristische Mittel bekommen. Dafür soll ein Landesprogramm finanziell
67 unterstützen, wenn sich die Vorhaben mittel- oder langfristig rentieren.

68 05. Investitionen in Infrastrukturen ermöglichen freie Entfaltung und sichern
69 Wohlstand und gleichwertige Lebensverhältnisse: Dazu gehören Zugang zu Energie,
70 Wasser/Abwasser, Mobilität, Digitalisierung,
71 Gesundheit/Pflege/Rettung/Prävention, Sport, Bildung, Versorgung, Politik und
72 Kultur. Dafür sind Kleinstädte zu stärken und regionale Wertschöpfungskreisläufe
73 aufzubauen.

74 06. Unsere Ländlichen Gestaltungsräume müssen endlich auch tatsächlich gestaltet
75 werden: Die 2016 eingeführte Raumkategorie des Landesentwicklungsprogramms zur
76 Entwicklung demografisch besonders herausgeforderter Landesteile sind konkret
77 als Programmfokus und Förderkulisse zu nutzen.

78 07. Der demografische Wandel ist umkehrbar: Beim Tourismus, beim Pendeln und bei
79 der Migration gilt es, durch Digitalisierung, Workation, Homeoffice, Coworking,
80 Maker-Spaces, Startup-Förderung, Integration und Qualifikation verlängerte,
81 wertschöpfende Aufenthalte, Rückkehr und Zuzug zu ermöglichen.

82 08. Engagement und Care-Arbeit müssen engagierter gefördert werden: Bestehende
83 Nachbarschaftshilfe und Angehörigenunterstützung können gerade auf dem Land
84 besser vernetzt und integriert werden, damit Hilfe für Alle auf viele Schultern

85 verteilt wird. Freiwilliges Engagement ist eine gemeinschaftsstiftende und
86 erneuerbare Energie.

87 09. Rechtsextremistische Akteur*innen bemühen sich auch in Mecklenburg-
88 Vorpommern darum, vom Staat vernachlässigte ländliche Räume zu besetzen. Ihren
89 Raumergreifungsstrategien treten wir entschieden entgegen. Widerstand gegen
90 Demokratie- und Menschenfeindlichkeit braucht jede staatliche und
91 zivilgesellschaftliche Unterstützung.

92 10. Klimaschutz und Klimaanpassung sind unsere Stärke im ländlichen Raum: Die
93 entscheidenden Beiträge zur Begrenzung des Klimawandels erbringen wir in
94 Mecklenburg-Vorpommern in unseren ländlichen Räumen. Zugleich sind wir vor Ort
95 sehr stark von Klimafolgen betroffen. Klimapolitik ist zentral für die Zukunft
96 auf dem Land.

97 Diese Einsichten führen uns zu den folgenden Forderungen:

98 Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht des Menschen. Sie schafft
99 Begegnung, Unabhängigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gilt für
100 Stadt und Land. Wohnortnahe und zeitgemäße Angebote für Versorgung, Gesundheit,
101 Bildung, Arbeit, Engagement und Freizeit verringern dabei weite Fahrten und
102 sollten daher im Zentrum einer Mobilitätswende stehen. Genauso müssen alle
103 Geschlechter und Altersklassen in der Mobilitätsplanung berücksichtigt werden,
104 damit schutzbedürftige Personen sich sicher und ungehindert im Land und in den
105 Kommunen bewegen können.

106 Wachsender Personalmangel und hohe Betriebskosten durch wenige Menschen auf
107 einer großen Fläche erfordern eine deutlich bessere Finanzierung des Angebotes
108 des öffentlichen Nahverkehrs. Ansonsten bleiben die Menschen auf dem Land
109 langfristig abgehängt. Schon jetzt besitzt ein Viertel aller Haushalte in MV
110 kein Auto und/oder kann nicht fahren. Das ist gerade für Jugendliche ein
111 Beeinträchtigung in ihrer sozialen Entwicklungsphase. Besonders diesen Gruppen
112 möchten wir gerecht werden und im ländlichen Raum eine echte Alternative zum
113 Auto bieten.

114 Wir brauchen im ganzen Land eine zeitgemäße Verkehrspolitik, die bezahlbare,
115 zuverlässige und klimafreundliche Mobilität für alle Menschen sicherstellt. Wir
116 wollen attraktive Alternativen zum individuellen Auto – Mobilität muss für alle
117 möglich sein.

118 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 119 • Regelmäßig verkehrende und aufeinander abgestimmte Linien zwischen Bus und
120 Bahn (integraler Taktfahrplan) sollen das gesamte Land sieben Tage die
121 Woche im Stundentakt auch in den Randzeiten mit öffentlichen
122 Verkehrsmitteln erreichbar machen. Der bundesweite Deutschlandtakt muss
123 hier bis in die Fläche unseres Bundeslandes zu spüren sein.
- 124 • Knotenpunkte des regionalen Zug- und Busverkehrs sollen als
125 „Mobilitätshubs“ ausgebaut werden. Diese müssen vielfältige
126 Mobilitätsformen unterstützen - darunter Bike & Ride und Park & Ride sowie
127 Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und -Autos anbieten. Ziel ist es, durch
128 größeres Angebot und komfortables Umsteigen auch das kleinste und

129 abgelegenste Dorf schnell und günstig erreichbar zu machen ohne auf ein
130 Auto angewiesen zu sein.

131 • Expressbuslinien sollen das bestehende Bahnnetz ergänzen, um die
132 landesweite Mobilität auch über Kreisgrenzen hinaus zu verbessern. Die
133 Verantwortung für solche Expressbuslinien sollte beim Land liegen. Bahn
134 und Bus müssen gemeinsam ein flächendeckendes Landesnetz im Öffentlichen
135 Personennahverkehr bilden.

136 • Viele Autofahrten sind auch auf dem Land nur sehr kurz. Dort ist viel
137 Potential, dem Fahrrad und Fußverkehr mehr Raum zu geben. Ein
138 flächendeckendes Netz für den alltäglichen Fuß- und Radverkehr ist
139 einzurichten und das touristische Wegenetz weiter auszubauen. Dafür
140 braucht es vor allem durchgängige, direkte Radwege inner- und außerorts.

141 • Zukunftstechnologien wie das autonome Fahren haben das Potenzial, viele
142 Probleme im ländlichen Raum zu lösen, wie die geringe Wirtschaftlichkeit
143 des ÖPNV-Angebots und den Personalmangel. So können autonome Fahrzeuge
144 beispielsweise einen attraktiven und flexiblen Zubringerverkehr
145 ermöglichen. Das Land muss entsprechende Innovationen unterstützen, unter
146 anderem durch Ausweisung und Förderung von Entwicklungsgebieten und die
147 Beauftragung von Pilotstudien zum autonomen Fahren.

148 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind unsere Zukunft. Leider haben junge
149 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, ganz besonders im ländlichen Raum, heute
150 noch nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten, die es in anderen Regionen
151 gibt. Das wollen wir ändern: Damit junge Menschen hier bleiben können und alles
152 finden, was sie brauchen, um sich ein gutes Leben aufzubauen und sich
153 verwirklichen zu können.

154 Um das Leben junger Menschen im ländlichen Raum besser zu machen, wollen wir:

155 • Die kostenlose Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden zur Nutzung durch
156 junge Menschen.

157 • Die Förderung der Einrichtung von neuen Jugendclubs, vor allem auch in
158 kleinen Orten.

159 • Die Finanzierung der Jugendkunstschulen neu aufstellen, sodass mehr
160 kulturelle und kreative Angebote, vor allem auch im ländlichen Raum, neu
161 geschaffen werden können.

162 • Eine Änderung der Kommunalverfassung vornehmen, sodass auch Gemeinden und
163 Kreise verpflichtet sind, junge Menschen bei kommunalen Entscheidungen
164 umfassend zu beteiligen und ihnen Mitwirkung zu ermöglichen.

165 • Das Beteiligungsnetzwerk des Landesjugendrings deutlich ausbauen, sodass
166 in allen Regionen in MV genug Profis für die politische Partizipation und
167 Mitbestimmung junger Menschen eingestellt werden können.

168 Gemeinsam wollen wir dem Rückzug des Staates aus der Fläche entgegenwirken. Die
169 Kreisgebietsreform 2011, sowie die Gerichtsstrukturreform 2016, entfernten
170 Bürger*innen von Politik und Verwaltung sowie Recht. Auch die Wege des Staates

171 zum Schutz und zur Rettung der Bürger*innen wurden weiter. Wir antworten mit der
172 Rückkehr des Staates in die ländlichen Räume. Demokratie muss auch in den
173 ländlichen Räumen wehrhaft bleiben. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und
174 Missachtung unseres rechtsstaatlich-demokratischen Gemeinwesens gefährden nach
175 wie vor unser Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft besonders in den
176 dünner besiedelten ländlichen Räumen und dürfen daher auch gerade hier nicht
177 geduldet werden.

178 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 179 • Die Gerichtsstrukturereform von 2016 muss unabhängig nach
180 wissenschaftlichen Standards überprüft und gegebenenfalls revidiert
181 werden.
- 182 • Notrufeinsätze der Polizei müssen landesweit innerhalb von 15 Minuten vor
183 Ort sein. Dafür sind Strukturen, Kapazitäten und Kommunikationswege zu
184 überprüfen und ggf. zu verbessern.
- 185 • Rettungsdienste müssen die gesetzlich vorgeschriebene Hilfsfrist von 10
186 Minuten landesweit einhalten. Dafür sind Strukturen, Kapazitäten und
187 Kommunikationswege zu überprüfen und ggf. zu verbessern.
- 188 • In Dorfdialogen und Zukunftsbeiräten sollen Bewohner*innen als
189 Expert*innen für ländliche Räume an Verfahren und Entscheidungen beteiligt
190 werden.
- 191 • Kommunen, Unternehmen und Privatleute brauchen außerdem klare rechtliche
192 Handhabe, um etwa Immobilienerwerb und Veranstaltungen frühzeitig
193 unterbinden und Hetze sowie Drohungen oder Übergriffe wirksamer verfolgen
194 zu können.

195 Wir wollen eine Kultur des Ermöglichs im ländlichen Raum schaffen und gegen
196 die grassierende Perspektivlosigkeit die Erfahrung von Selbstwirksamkeit setzen.
197 Mit klugen Ansätzen beim Planen und Bauen sollen Menschen mit Ideen und
198 Engagement dabei unkompliziert unterstützt werden, um ihren Gemeinden neuen
199 Schwung geben zu können. Die Themenfelder Demografie, Wohnen, Soziales, Kultur,
200 Energie, Mobilität, regionale Wirtschaftskreisläufe und Klimaschutz wollen wir
201 zusammen denken. Wir wollen die Anpassung an den Klimawandel als Chance zur
202 Revitalisierung unserer Kleinstädte und Dörfer nutzen. Es gilt, die Ortsmitten
203 als Kristallisationspunkte für eine lebendige, gemeinwohlorientierte
204 Gesellschaft zu erhalten, zu reaktivieren und zukunftsfähig zu machen. Das
205 Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung leistet dabei einen zentralen Beitrag
206 zur bundesgesetzlich vorgeschriebenen Reduzierung des
207 Landschaftsflächenverbrauchs.

208 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 209 • Etablierung einer Landesagentur für die Vernetzung und Vermittlung von
210 externer Beratung und Begleitung für Projektentwicklungs- und
211 Planungsaufgaben in kleinen Kommunen und Kreisen – von der

- 212 Ideenfindungsphase bis zur Fördermittelabrechnung und inspiriert vom
213 „FORUM Ländliche Entwicklung und Demografie“.
- 214 • Es braucht integrierte und ortsbezogene Entwicklungsansätze für eine
215 nachhaltige Baukultur und lebendige Ortskerne, die kulturelle und soziale
216 Aspekte stärken, Neunutzungen von Leerständen ermöglichen und zur
217 Lebensqualität vor Ort beitragen. Zentrale Ortslagen sollen deshalb durch
218 Regionalbudgets von den Ämtern und Kreisen ortskundig, flexibel und
219 partizipativ entwickelt werden können.
 - 220 • Für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stehen Kommunen
221 erhebliche Fördermittel zur Verfügung. Es gilt diese Mittel für eine
222 integrierte soziale und ökologische Ortsentwicklung auch im ländlichen
223 Raum zu nutzen. Das Land muss durch klare Leitlinien und Zielstellungen
224 die Gemeinden auf diese Entwicklung hin orientieren.
 - 225 • Nahwärmenetze werden gefördert, da sie es ermöglichen, günstig,
226 preisstabil, solidarisch und klimaneutral zu heizen. Solche Wärmenetze
227 machen die zentralen Ortslagen als Wohn- und Arbeitsorte wieder besonders
228 attraktiv und können von kommunalen Stadtwerken oder als
229 Energiegenossenschaften der Bürger *innen finanziert und betrieben werden.
 - 230 • Wir unterstützen die Zusammenschlüsse mehrerer Kommunen zu
231 Planungsverbänden, die Schaffung von Stellen für Dorf-, Amts- und
232 Kreisgebietsmanager*innen, die Erarbeitung regionaler, integrierter
233 Siedlungsentwicklungskonzepte (RINSEK) und die Nutzung regionaler
234 Flächennutzungspläne (rFNP). Die kommunalübergreifende Zusammenarbeit
235 schafft Synergien, stärkt die Regionen und soll Voraussetzung für die
236 Gewährung von Dorferneuerungs- und/oder Städtebaufördermitteln sein.
- 237 Rund 15% der Menschen in unserem Land verdienen direkt oder indirekt ihren
238 Lebensunterhalt mit dem Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern ist besonders als
239 innerdeutsches Reiseziel beliebt und konnte seine Übernachtungszahlen nahezu auf
240 Vor-Corona-Niveau stabilisieren. Gleichzeitig sinkt die Tourismusakzeptanz unter
241 den Einheimischen besonders in Hot Spots an der Küste, wie Usedom oder Rügen.
242 Ebenso ist eine Abnahme der Zufriedenheit der Gäste festzustellen. Beides stellt
243 uns vor Herausforderungen. Auf der einen Seite ist der Tourismus besonders für
244 ländliche Räume eine Chance für wirtschaftliche Entwicklungen, auf der anderen
245 Seite überfordert er im Übermaß schnell die Infrastruktur. Es gilt, eine gute
246 Balance zwischen Tourismus als starkem Wirtschaftszweig, dem Erhalt und Ausbau
247 der Wertschöpfung vor Ort und dem Bewusstsein über die Besonderheit unseres
248 Landes herzustellen und zu etablieren.
- 249 Die Menschen kommen nach Mecklenburg-Vorpommern, um Urlaub in einer intakten und
250 einzigartigen Naturlandschaft zu verbringen. Es ist unsere Aufgabe, diese zu
251 erhalten und den Tourismus nachhaltig für Mensch und Natur zu gestalten. Wir
252 wollen erreichen, dass unser Bundesland das Land zum Leben bleibt und nicht nur
253 ein Land zum Urlaubmachen.

254 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 255 • Touristische Großprojekte dürfen nur in Ausnahmefällen und nach
256 eingehender Betrachtung der Verträglichkeit zur umgebenden Infrastruktur
257 sowie sozialer und ökologischer Aspekte gefördert werden.
- 258 • Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Transformation zu mehr
259 Nachhaltigkeit, Digitalisierung und im Umbau zur Barrierefreiheit
260 Förderung und gezielte Sichtbarkeit im Landesmarketing erhalten, damit die
261 Wertschöpfung vor Ort erfolgt.
- 262 • Verpflichtende Gestaltungssatzungen für alle Kommunen, die touristische
263 Abgaben erheben, um über Beteiligungsprozesse Einfluss auf die Gestaltung
264 und Planung und damit auch auf die regionale Identität und Individualität
265 ihres Ortes zu behalten.
- 266 • Einen verstärkten Saisonverkehr, der sicherstellt, dass Einwohner*innen
267 und Tourist*innen ihre Ziele auch ohne eigenes Auto erreichen können.
- 268 • Zusätzliche Anreize für eine autofreie Anreise in den Urlaub mit einer
269 Gästekarte, die regionsübergreifende Gültigkeit besitzt und eine
270 kostenfreie Nutzung des ÖPNVs sowie Ermäßigung auf Vor-Ort-Angebote, wie
271 bspw. Fahrradverleih, beinhaltet.

272 Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-binäre -, Trans* Personen und Menschen ohne
273 Geschlechtsidentität sind in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen noch immer
274 benachteiligt oder sogar ganz ausgeschlossen. Das gilt insbesondere in
275 ländlichen Räumen, deshalb gibt es hier besonders viel zu tun, bis zum Beispiel
276 die Istanbul-Konvention vollständig erfüllt ist. Einrichtungen, die sich mit
277 Themen, die Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-binäre -, Trans* Personen und
278 Menschen ohne Geschlechtsidentität betreffen, beschäftigen, müssen von Land und
279 Kommunen bedarfsgerecht finanziert werden.

280 Darüber hinaus fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV:

- 281 • Alle Bürger*innen müssen an kommunalen Sitzungen und Ausschüssen
282 teilnehmen können. Dafür muss eine aktive digitale Teilnahme ermöglicht
283 werden. Ebenso sind familienfreundliche Sitzungszeiten sowie eine
284 grundsätzliche Vereinbarkeit des kommunalen Engagements mit Familie,
285 Ausbildung, Beruf und Ehrenamt unverzichtbare Voraussetzungen.
- 286 • Die Geburtsstationen sowie die Hebammenversorgung müssen abgesichert
287 werden. Dafür ist nach Empfehlung des Gemeinsamen Bundesausschusses eine
288 flächendeckende, wohnortnahe Geburtshilfe in höchstens 40 Autominuten
289 Entfernung erforderlich; außerdem eine ebenfalls flächendeckende Vorsorge
290 für Schwangerschaftsabbrüche und eine wirksame finanzielle Unterstützung
291 der Haftpflichtversicherung von Hebammen seitens der Kommunen.
- 292 • Die Frauenhausabdeckung im ländlichen Raum muss unbedingt verbessert
293 werden. Wenigstens 38 Frauenhausplätze sind in Mecklenburg-Vorpommern noch
294 zu schaffen, um zumindest den Rechtsanspruch auf kosten- und

295 barrierefreien Zugang für Betroffene häuslicher Gewalt nach Art. 4, §3 der
296 Istanbul-Konvention zu erfüllen.

297 • Für die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Frauen sowie Inter-Menschen,
298 nicht-binäre -, Trans* Personen und Menschen ohne Geschlechtsidentität-
299 Quote in kommunalen Vertretungen im ländlichen Raum braucht das Land die
300 Erfassung auch in Ämtern und Gemeinden, aufgeschlüsselt nach Orten.

301 • Mobilität in Land und Kommunen muss grundsätzlich gendergerecht geplant
302 werden, damit schutzbedürftige Personen sich sicher und unbehindert
303 bewegen können. Gender Planning soll Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-
304 binäre -, Trans* Personen und Menschen ohne Geschlechtsidentität auch in
305 den ländlichen Räumen u.a. durch bedarfsgerecht gut ausgeleuchtete Wege,
306 Parkplätze, Spielplätze und erreichbare Schutzräume gleichberechtigt
307 integrieren.

308 Mecklenburg-Vorpommern als Küsten- und Flächenland bietet mit seinen
309 erneuerbaren Energien die besten Möglichkeiten für unsere Wirtschaft, lokal und
310 regional zu produzieren. Die größten Herausforderungen liegen hierbei für viele
311 Unternehmen im bevorstehenden Generationenwechsel und darin, ausreichend
312 Fachkräfte vor Ort zu gewinnen und zu halten, aber auch die Digitalisierung zur
313 Verbesserung der Betriebsabläufe und zur eigenständigen Wertschöpfung effektiv
314 zu nutzen. Dafür sind ein lebenswertes Umfeld und eine ausreichende
315 Infrastruktur das A und O. Zentrale Anlaufstellen (One-Stop-Shop) für
316 Ansiedlung, Meldungen, Förderung und Vermittlung helfen unseren Unternehmen
317 weiter. Gemeinsam mit den Bürger*innen vor Ort schaffen wir ein gutes Klima für
318 gute Unternehmungen.

319 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:

320 • Der Generationswechsel in Betrieben ist eine wichtige Station auf dem Weg
321 in die Zukunft. Um hier Krisen wie z.B. durch Konflikte im
322 Führungswechsel, Liquiditätsengpässe bei der Neuorientierung oder bei der
323 Auflösung von Sanierungsstaus vorzubeugen, setzen wir uns für eine
324 gezielte Förderung und Begleitung im Übergangsprozess ein.

325 • Einen vor Ort spürbaren Bürokratieabbau durch die Einrichtung von One-
326 Stop-Shops, sowie eine engere und effizientere Begleitung der Unternehmen
327 durch Unterstützung durchs Land, die Bildung von Netzwerken und die
328 Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen.

329 • Eine Gründungsoffensive mit Bonus für Gründer*innen im ländlichen Raum,
330 Erfahrungsaustausch und Mentor*innenprogramm, sowie Ansiedlungsstrategie
331 für Neugründungen der Digitalwirtschaft und Spitzentechnologie.

332 • Schnellere Genehmigungen durch bessere Einbindung von Bürger*innen vor
333 Ort, mehr Personal in den Verwaltungen und eine bessere Kultur der
334 Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Verwaltung.

335 • Lokale Unternehmen sollen vor Ort produzierten Strom aus Windkraft,
336 Solarenergie und Biogas einfacher und günstiger beziehen können. Kommunen
337 müssen vom Bund und vom Land mehr Unterstützung erhalten, um Beteiligungen

338 an der Erzeugung erneuerbarer Energien im gesetzten Rahmen auch für ihre
339 wirtschaftliche Entwicklung einsetzen zu können.

- 340 • Eine verbesserte Förderung für Betriebe, die vorwiegend oder
341 ausschließlich regional vermarkten und für die Region strukturell
342 bedeutsam sind.

343 Gerade in unseren ländlichen Räumen können digitale Angebote weite Wege sogar
344 überflüssig machen. Ausgerechnet hier klaffen allerdings aufgrund einer
345 gescheiterten Digitalisierungspolitik nach wie vor große Lücken im Netz. Um der
346 akuten Bedrohungslage durch Cyberangriffe gerecht werden zu können, muss in die
347 sichere und nachhaltige Digitalisierung investiert werden. Dazu gehört IT-
348 Sicherheit und Datenschutz, eine Open-Source-Strategie sowie die Absicherung der
349 kritischen Infrastrukturen, zu denen auch Stadtwerke und andere kommunale
350 Versorgungsunternehmen und Dienstleister zählen.

351 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 352 • Die Entwicklung Digitaler Innovationszentren (DIZ) soll vorangetrieben
353 werden, um die Digitalkompetenz in den Kommunen und die Leistungsfähigkeit
354 von Workation Places, Coworking Spaces und Startups sowie von kleinen und
355 mittelständischen Unternehmen zu stärken.

- 356 • Für die Digitalisierung der Verwaltung sollen einheitliche
357 Softwarestandards entwickelt bzw. angewendet werden, welche den
358 Schwerpunkt auf den Einsatz von Open-Source-Software und die Einbindung
359 regionaler Dienstleistungsunternehmen setzt.

- 360 • Lokale und regionale Anbieter, wie Stadtwerke, sollten motiviert werden,
361 gleichberechtigten Internetzugang auch in Gegenden anzubieten, die für
362 national und international agierende Unternehmen nicht lohnenswert
363 erscheinen.

- 364 • In den kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sowie Bussen und
365 Straßenbahnen des öffentlichen Nahverkehrs soll den Nutzenden kostenloses
366 WLAN angeboten werden.

- 367 • Mit Nachdruck muss daran gearbeitet werden, dass die Kommunen ihre
368 Dienstleistungen ihren Einwohner*innen via Online-Portal anbieten und
369 Verwaltungsabläufe digitalisieren. Dabei muss ein hohes Maß an
370 Aufmerksamkeit auf Datenschutz und IT-Sicherheit gelegt werden.

371 Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen. Bibliotheken,
372 Jugendkunstschulen, Museen, Galerien oder Musikschulen aber auch eine
373 Vereinsstruktur sind wichtige Faktoren, um Bildung zu fördern, Identität zu
374 stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.
375 Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht
376 vor gravierenden Kürzungen geschützt. Aus diesem Grund fordern wir ein
377 bundesweites Kulturfördergesetz, damit Kulturangebote nicht immer wieder
378 grundlegend zur Diskussion stehen. Außerdem müssen die Förderkriterien an
379 ländliche Bedürfnisse angepasst werden und bspw. höhere Fahrtkosten und größeren
380 Vernetzungsbedarfe berücksichtigt werden.

381 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 382 • Zwischennutzungen von Leerstand für Künstler*innen und kulturelle
383 Initiativen bringen Kunst und Kultur in die ländlichen Räume, beleben
384 Ortskerne und Landschaften, machen sie bekannt oder neu erfahrbar und
385 ziehen Gäste ebenso an wie Zuzug. Ein gezieltes Leerstandsmanagement in
386 den Ämtern und Kreisen vermittelt Zwischennutzungen an künstlerische
387 Projekte und triggert damit lokale Innovation.

- 388 • Künstler*innen sollen ihrer Kunst nachgehen und nicht komplexen
389 Förderbürokratien. Kommunalen Verwaltungen fehlt weitgehend die kulturelle
390 Kompetenz wie auch das Wissen um verfügbare Kulturförderung. Hier können
391 qualifizierte Kulturagent*innen in Amtsbereichen oder ähnlich
392 dimensionierten, freien kommunalen Zusammenschlüssen vernetzend,
393 kuratierend und vermittelnd tätig werden.

- 394 • Kreiskulturräte bilden die Basisstruktur für ein vielfältiges kulturelles
395 Leben im Land. Besonders in der Fläche verleihen sie engagierten aber oft
396 prekär aufgestellten Kulturakteur*innen eine politische Stimme, und ohne
397 sie verliert auch der Landeskulturrat jede Legitimation. Gemeinsam mit den
398 Kreisen und den Kreisfreien Städten muss die Landesregierung endlich die
399 in der sechsten Wahlperiode bereits in Aussicht gestellte Finanzierung von
400 Geschäftsstellen der Kulturräte umsetzen.

- 401 • Die Kulturpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern wurden bereits
402 im August 2020 mit dem Landes- und den Kreiskulturräten verabschiedet. Zur
403 konkreten Umsetzung der darin beschlossenen Handlungsempfehlungen soll die
404 Landesregierung bis zur Mitte der Legislaturperiode ein detailliertes
405 Programm vorlegen. Der finanzielle Rahmen dafür muss auch schon im
406 kommenden Doppelhaushalt 2024/2025 abgebildet sein.

407 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Dafür braucht es nicht nur Motivation und
408 finanzielle Mittel, sondern auch Know-how. Für die Energiewende im ländlichen
409 Raum kämpfen wir um Mehrheiten in den Gremien. Aber oft auch gegen Widerstände
410 in der Verwaltung, die unter Personalmangel leidet und den Klimaschutz nicht als
411 Pflichtaufgabe sieht. Dabei profitieren nachhaltig auch die Gemeindefinanzen,
412 wenn gleich eine PV-Anlage mit aufs reparierte Dach gelegt und die Ölheizung
413 gegen eine Wärmepumpe ausgetauscht wird, statt sie nochmals teuer Instand zu
414 setzen. Gerade im ländlichen Raum, wo wir die Akzeptanz für die Energiewende
415 brauchen, müssen wir allen Orientierung für Zukunftsinvestitionen geben. Wird in
416 der Gemeinde ein Wärmenetz entstehen? Kann die Abwärme einer Biogasanlage, eines
417 Elektrolyseurs oder eines Industriebetriebes genutzt werden? Oder muss jedes
418 Haus eine eigene Wärmepumpe oder Heizung installieren?

- 419 • Wir wollen ein flächendeckendes Netzwerk von Klimamanager*innen in den
420 Kreis-, Amts- und Stadtverwaltungen: Ein*e Klimaschutzmanager*in gibt der
421 Verwaltung das Fachwissen, den Mut für zukunftsorientierte Entscheidungen
422 und fungiert dabei als Beratungsstelle für die Kommunen.

- 423 • Wir wollen kommunale Wärmepläne auch für alle Ämter und amtsfreien
424 Gemeinden: Deshalb halten wir an der flächendeckenden Verpflichtung aller
425 Kommunen zur Wärmeplanung ohne Ausnahme fest. Nach Einführung der

426 Verpflichtung muss das Land die Kosten im Rahmen der Konnexität
427 vollständig übernehmen. Land und Kreise fordern wir auf, den Kommunen
428 umgehend die Beantragung der Impulsförderung des Bundes nahezulegen und
429 sie dabei zu unterstützen.

430 • Wir wollen mehr Teilhabe und Bürgerenergie, sowie die Menschen stärker zu
431 kreativen Lösungen vor Ort ermuntern. Zusätzlich zur Bundesförderung bei
432 Windenergienutzung brauchen wir einen Bürgerenergiefonds wie in Schleswig-
433 Holstein für die Förderung weiterer Beiträge der Kommunen zur
434 Treibhausgasminde rung, um die Energiewende auch bei der erneuerbaren
435 Wärme, klimaneutralen Mobilität, Energieeffizienz in Gebäuden und
436 Quartieren und der Digitalisierung im Energiesektor voranzubringen.

437 • Mit einer nachhaltigen Standortpolitik wollen wir mehr Energie lokal
438 nutzen und regionale Wertschöpfung steigern. Energieintensive Betriebe
439 spülen Geld in kommunale Kassen, schaffen Arbeitsplätze, sparen
440 Netzausbaukosten und stellen Abwärme zur Versorgung benachbarter
441 Wohnsiedlungen bereit. Spitzen der Energieerzeugung setzen wir in Wärme
442 oder grünen Wasserstoff um. Auch die Abwärme von Industriebetrieben und
443 Elektrolyseuren kann in Wärmenetzen vor Ort günstig genutzt werden. Wir
444 wollen deshalb in den kommunalen Gremien mehr Initiativen für grüne
445 Gewerbegebiete voranbringen.

446 • Wir wollen eine Landesförderung für Gebäude: Das Land MV soll die
447 Dekarbonisierung im Wohnungsbestand zusätzlich unterstützen. Um Eigentümer
448 bei der Investition zu unterstützen, muss ein Fördertopf auf Landesebene
449 installiert werden, um zinsfreie Darlehen für Eigentümer nutzbar zu
450 machen. Oftmals scheitert eine Investition an der hohen
451 Anfangsinvestition, die damit abzufedern wäre.

452 Bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Breite macht besonders auf dem
453 Land den Unterschied in der Lebensqualität. Gerade in unseren ländlichen Räumen
454 aber sind Ehrenamt und andere Formen des freiwilligen Einsatzes, trotz der
455 wertvollen Arbeit der Ehrenamtsstiftung, immer noch nicht so verbreitet wie in
456 vergleichbaren Bundesländern und vor allem nicht populär genug. Freiwilligkeit
457 ist eine erneuerbare Energie.

458 • Ein differenzierter Engagementsetat soll in künftigen Landes- und
459 Kommunalhaushalten ausgewiesen sein und auf Landesebene einem
460 federführenden Fachressort mit einer entsprechenden Koordinierungsstelle
461 zugewiesen werden.

462 • In den Kommunalverwaltungen sollen Engagementsbeauftragte eingesetzt
463 werden. Engagementslotsen sind zur Aktivierung und Stabilisierung von
464 bürgerschaftlichem Engagement einzusetzen.

465 • Ein Engagementsportal und eine Engagements-App können helfen, um
466 bürgerschaftlich Engagierte zu registrieren, zu vernetzen und zu
467 informieren. Die Erfassung von freiwilligen Einsätzen in Zeitkonten kann

468 ihre Vereinbarkeit mit hauptamtlichen und privaten Tätigkeiten erleichtern
469 und als Grundlage für spätere Anerkennung dienen.

470 • Ein Verfassungsvorbehalt soll explizit verfassungsfeindliche Kräfte aus
471 jeglichen Programmen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements
472 ausschließen.

473 Viele Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern sind stark verschuldet und haben
474 dadurch in ihren Finanzen keinen Spielraum, die Vorstellungen der Bürger*innen
475 vor Ort umzusetzen. Doch es fehlt nicht nur Geld in den Haushalten der Kommunen:
476 Fördergelder werden nicht abgerufen oder sind von vorn herein aufgrund des hohen
477 Eigenanteils nichts abrufbar. So gibt es für finanziell schlecht aufgestellte
478 Kommunen über Jahre hinweg kaum eine Perspektive. Die Förder- und
479 Entwicklungslogik unterliegt dabei einem kapitalen Fehler. Die Entwicklung der
480 ländlichen Räume wird weitestgehend als ein Unterkapitel der
481 Landwirtschaftsförderung betrachtet. Dabei sind in MV nur ca. 2 % der Menschen,
482 die in ländlichen Räumen leben in der Agrar-, Forst- oder Fischereiwirtschaft
483 tätig. Wir brauchen also eine ländliche Entwicklungs- und Förderpolitik, die in
484 erster Linie die 98% der Menschen in den Blick nimmt. Dafür wollen wir die
485 bisherige Förderlogik aufbrechen, die Entwicklung der ländlichen Räume von der
486 Landwirtschaft lösen, stattdessen in die Wirtschafts- und Sozialförderung
487 integrieren und auf Basisdemokratie und Subsidiarität setzen. Wir wollen den
488 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern endlich wieder die Möglichkeit geben, in
489 ihre Zukunft zu investieren, statt nur den Ist-Zustand zu verwalten.

490 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

491 • Ein kommunaler Investitionsfonds soll besonders herausgeforderten
492 Gemeinden Zukunftsinvestitionen ermöglichen.

493 • Grund und Boden sollen vermehrt durch landeseigene Mittel in kommunales
494 Eigentum rücküberführt und ausschließlich in Pachtverhältnissen für
495 Private zugänglich gemacht werden. Dies erhöht die Einnahmen der Gemeinden
496 langfristig und dauerhaft.

497 • Bürgerhaushalte und Regionalbudgets sollen ermöglicht werden, um Gemeinden
498 und Kreisen angemessene finanzielle Spielräume für selbständige
499 haushälterische Schwerpunktsetzungen zu gewähren.

500 • Den Regionen soll als Ziel ein Anteil an den raumrelevanten
501 Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes (d.h. EFRE, ESF, ELER,
502 GAK, Städtebauförderung und Landesprogramme) in einen Regionaletat
503 eingespeist werden. Innerhalb der Regionen wird so der Zugang zu
504 Fördermitteln vereinfacht und der Verwaltungsaufwand verringert.

505 • Die Einrichtung eines Regionaletats ist an Zielvereinbarungen zu knüpfen,
506 die Region und Land bzw. Kreis untereinander abstimmen. Diese Ziele sollen
507 neben ökonomischen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen.
508 Auf Grundlage des Koordinierungsrahmens und bestehender regionaler
509 Konzepte erarbeiten die Regionen ihre Entwicklungsstrategie. Die Mittel
510 des Regionalbudgets sollen basisdemokratisch nach dem Community Led Local
511 Development Prinzip eingesetzt werden.

512 Bildung schafft die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und für echte
513 gesellschaftliche Teilhabe. Wir brauchen interessierte, kreative und gut
514 ausgebildete Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Doch in unserem Bundesland
515 landen weiterhin viel zu viele Kinder und Jugendliche im Laufe ihres
516 Bildungsweges auf dem Abstellgleis. Der Unterrichtsausfall hat in den
517 vergangenen Jahren wieder zugenommen. Inzwischen ist der Lehrkräftemangel so
518 groß, dass jede zweite freie Stelle nicht mehr mit einer ausgebildeten Lehrkraft
519 besetzt werden kann. Die Inklusion läuft auf Kosten der Kinder als Sparmodell
520 und die Schulen sind noch längst nicht bereit für die Herausforderungen der
521 Digitalisierung.

522 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:

- 523 • kurze Schulwege. Dort wo das nicht möglich ist, müssen Schulen
524 flächendeckend an den ÖPNV angeschlossen werden.
- 525 • Grundschulstandorte sind zu sichern und die Schulen zu Ganztagschulen
526 auszubauen.
- 527 • Schulgebäude und -höfe müssen im ländlichen Raum auch nach der
528 eigentlichen Schulzeit nutzbar sein. Sie sind so zu gestalten, dass sie
529 Lust auf Schule machen.
- 530 • Weiterführende Schulen sollten kreativ zusammenarbeiten, um
531 Schulstandorte, aber auch die Schulqualität zu erhalten. Hier sind
532 digitale Formate denkbar, für die Schulen flächendeckende und stabile
533 Internetverbindungen brauchen. In diesem Zusammenhang braucht es
534 Weiterbildungen für Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal, die auf dem
535 Land und nicht in den Städten stattfinden.
- 536 • Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem pädagogischen
537 Förderbedarf muss im ländlichen Raum gesichert und ausgebaut werden.

538 Unsere ländlichen Regionen sind mit der vielfältigen Natur ein Reichtum unseres
539 Bundeslandes. Eine intakte Natur ist von unschätzbarem Wert an sich, aber auch
540 Lebensversicherung und gesundheitsfördernder Raum und Grundlage für eine
541 zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Feldwege, Alleen, Feldhecken und Moore
542 sowie naturnahe Wälder und Küsten wollen wir als bedeutungsvolles Kultur- und
543 Naturerbe und dorfverbindende Elemente bzw. Naherholungsraum schützen und
544 entwickeln, denn sie prägen den Charakter der ländlichen Regionen. Wir wollen
545 eine vielfältige, ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft zielgenauer fördern
546 und über bio-regionale Gemeinschaftsverpflegung Bäuer*innen neue Absatzwege und
547 weiterverarbeitendes Gewerbe gezielt ansiedeln um die Wertschöpfung in der
548 Region zu halten. So schaffen wir Planungssicherheit für Landwirt*innen und
549 ermöglichen allen Menschen den Genuss von gesunden Produkten aus der eigenen
550 Region.

551 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:

- 552 • Besser ausgestattete Kommunalverwaltungen für einen effektiveren Natur-,
553 Klima- und Umweltschutz.
- 554 • Mehr Naturschutzstationen, welche die Menschen informieren, beteiligen und
555 dazu einladen, selbst und gemeinsam mit anderen aktiv zu werden.
- 556 • Kommunen sollen auf ihren Flächen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und in
557 Landpachtverträgen eine ökologische Bewirtschaftung verankern, bzw. die
558 Nutzung von Pestiziden ausschließen und Naturschutzmaßnahmen vereinbaren.
- 559 • Regelungen für dezentrale und mobile Schlachtmöglichkeiten bis hin zur
560 Weideschlachtung und der Abkehr von Großschlachtbetrieben reduzieren die
561 Transportwege. Das ist gut für die Tiere und gut fürs Klima.
- 562 • Kommunale Verpflegungseinrichtungen wie Kantinen, Schul-Caterer und Mensen
563 sollen mit mehr ökologisch und regional erzeugten Lebensmitteln und mehr
564 pflanzliche Alternativen im Essen als Vorbild vorangehen und dabei
565 schrittweise die Nachfrage nach bio-regionalen Produkten erhöhen. Indem
566 wir bio-regionale Wertschöpfungsstrukturen für die
567 Gemeinschaftsverpflegung fördern, stärken wir auch die regionale,
568 nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft. Mit der regionalen
569 Beschaffung und Verarbeitung sichern und schaffen wir zugleich neue
570 Arbeitsplätze in den Regionen und stärken die Stadt-Land-Kooperationen.

571 Auch viele konventionelle Landwirt*innen wollen bzw. arbeiten bereits aktiv und
572 erfolgreich an einer zukunftsfähigen Entwicklung und Wiederbelebung unserer
573 Kulturlandschaft. Sie gilt es zu unterstützen und Leistungen für Klima, Umwelt,
574 Tierschutz und Dorfentwicklung entsprechend zu honorieren. Wir wollen alle
575 Landnutzenden beim umwelt-, klima- und tierschutzgerechten Umbau und die
576 gemeinnützigen Leistungen der Bäuer*innen unterstützen, auch durch die Stärkung
577 regionaler Wertschöpfungsketten. Zahlreiche Flüsse und Seen sowie die Ostsee-
578 Küste prägen unsere ländlichen Räume. Durch überfischte Bestände und Einflüsse
579 der Klimakrise auf ihre Reproduktion und den notwendigen Fangbeschränkungen ist
580 die Küstenfischerei jedoch in ihrer Existenz bedroht und damit auch ein Teil
581 unserer Küstenkultur und unserer touristischen Attraktivität. Sie gilt es zu
582 erhalten, durch eine Pflege der Fischbestände und durch vielseitige
583 Vermarktungsansätze. Wir wollen der Fischwirtschaft helfen sich über die reine
584 Fischerei hinaus vielfältiger aufzustellen, um sie als regionalen
585 Wirtschaftszweig wie auch als Kulturgut zu erhalten.

586 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 587 • Hochwertige Regionalmarken mit überregionaler Ausstrahlung sollen den
588 Fischer*innen in der Verwertung der verbliebenen Fischmengen eine höhere
589 Wertschöpfung bringen. Nötig ist aber auch die Erschließung zusätzlicher
590 Einkommensquellen für die Fischer*innen. Der Aufbau von
591 Vermarktungsnetzwerken, touristische Ausflugsangebote, Unterstützung von

592 Forschungsprojekten oder Mitwirkung bei der Bekämpfung von Havarien oder
593 der Meeresverschmutzung bieten mögliche Lösungen.

594 • Für die neuen, nachhaltigen Bewirtschaftungsformen der Paludikultur,
595 Aquaponik und Agroforstsystemen gilt es, Wertschöpfungsketten aufzubauen.
596 So kommt mehr Gewinn bei regionalen Produzent*innen an.

597 • Initiativen und Unternehmen zur Nahversorgung und zur Direktvermarktung
598 sowie zur regionalen Verarbeitung und Weitervermarktung wollen wir
599 strukturell unterstützen, so dass sie sich langfristig selbst tragen.

600 • Dorf- oder Regionalläden sollen gefördert werden, um Produkte aus
601 regionalen Mühlen und Molkereien bzw. aus mobilen Käsereien,
602 handwerklichen Bäckereien im Ort sowie regionale landwirtschaftliche
603 Erzeugnisse auch im Nichtnahrungsmittelbereich zusammen mit anderen
604 Dienstleistungen gebündelt zu vermarkten. Das schafft ländliche
605 Treffpunkte und stiftet Verbindungen zwischen Produzent*innen und
606 Verbraucher*innen.

607 Die gesundheitliche Versorgung muss verbessert werden, dass gilt vor allem für
608 ländlich geprägte Regionen, in denen der Weg zum Arzt weit und die Mobilität
609 begrenzt ist. Wir wollen gesundheitliche Versorgung und sozialen Raum
610 miteinander verbinden. Um in Zeiten vielfältiger Krisen, die Menschen zunehmend
611 in Notlagen verschiedenster Art bringen, erste Hilfsangebote zu gewährleisten,
612 brauchen wir auch im ländlichen Raum ein breit aufgestelltes Beratungsangebot.

613 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

614 • Gesundheitskioske sind dabei ein wichtiger Baustein. Die Bevölkerung kann
615 sich in den Kiosken zu gesundheitlichen und sozialen Belangen beraten
616 lassen und muss Dank Telemedizin für Untersuchungen nicht mehr weit
617 fahren. Wir betrachten die Gesundheitskioske als Impuls in ländliche Räume
618 und wollen die Kioske deshalb als ergänzende Funktion beispielsweise an
619 Bushaltestellen, Ladestationen, Bibliotheken oder Landbahnhöfen und den
620 beteiligten Gemeinden umsetzen. Sie verbinden die soziale und
621 gesundheitliche mit der mobilen Vorsorge auf dem Land. Wir wollen die
622 Gesundheitskioske mit den Gemeinden und Landkreisen in kommunaler
623 Trägerschaft gestalten.

624 • Eine ausreichende Finanzierung der Gemeinden für die Bereitstellung von
625 Gemeinderäumen, digitaler Infrastruktur (auch für die Möglichkeit
626 digitaler Beratung), sowie mobiler Varianten (z. B. Infobusse) ist
627 unverzichtbar und sollte angesichts der Preisentwicklung auch dynamisiert
628 werden.

629 • Beratung für Menschen in Krisensituationen oder Notlagen gehört zur
630 Daseinsfürsorge und sollte auch im ländlichen Raum eine
631 Selbstverständlichkeit sein.

632 • Um Vielfalt und Kontinuität bei den Angeboten zu gewährleisten muss
633 Förderung, auch kleiner Träger, institutionell und nicht Projektgebunden
634 erfolgen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Anna Maria Reimer (KV Vorpommern-Greifswald); Erem Suat Bischoff (KV Mecklenburgische Seenplatte); Marcus Keidel (KV Vorpommern-Rügen)